

Brüssel, 12. Oktober 2016

Solar: Installationsbetriebe für Fortsetzung von Antidumpingmaßnahmen

Die europäischen Solarhersteller haben für ihren Einsatz gegen chinesisches Dumping jetzt auch Unterstützung von hunderten Installationsbetrieben bekommen. Die Industrieinitiative EU ProSun hat heute eine Liste von 150 Handwerksbetrieben an die Europäische Kommission geschickt, die sich ausdrücklich für Antidumping-Maßnahmen ausgesprochen haben. „Ohne fairen Wettbewerb kann man nicht arbeiten“, so Hans Jörg-Heinrich (Elektro Heinrich, Schiltach), "das gilt im Handwerk wie auch in der Industrie. Wir brauchen gute Produkte und verlässliche Rahmenbedingungen für den Ausbau der Solarenergie, kein staatlich finanziertes Dumping."

Zusätzlich hat der Fachpartnerbeirat der SolarWorld AG, der alleine 800 unabhängige Installationsfirmen aus Deutschland vertritt, sich an die EU-Kommission gewandt: "Dumping hilft niemandem. Kurzfristige Mitnahmeeffekte werden durch Verlust von Angebotsvielfalt und Verunsicherung von Kunden am Ende teuer bezahlt", so die Vertreter des Beirates in einem Schreiben von dieser Woche. Europaweit sind über 1.300 Installationsbetriebe dem Fachpartnernetzwerk angeschlossen.

Milan Nitzschke, Präsident von EU ProSun: „Wenn jetzt erneut von Importeuren oder dem Verband Solar Power Europe eine Beendigung der Antidumpingmaßnahmen gefordert wird, ist das an Zynismus kaum zu überbieten. Hier geht es um fundamentale Wettbewerbsregeln. Dann kann man auch gleich fordern, bei der Olympiade die Dopingkontrollen wegzulassen.“

Das Argument, die Mindestpreise für chinesische Importe würden den Zubau von Solaranlagen in Europa hemmen, lässt EU ProSun nicht gelten. „Wir haben seit Juli in Europa einen Modulpreisverfall von rund 20 Prozent erlebt, ohne dass deswegen der Markt gewachsen wäre. Grund für die Investitionszurückhaltung sind nicht die Preise sondern politische Instabilitäten. Immer mehr Mitgliedsstaaten haben Förderungen gekürzt und sogar Abgaben auf Solarstrom eingeführt. Hinzu kommt, dass durch restriktive Ausschreibungsverfahren der Zubau künstlich begrenzt wird“, so Nitzschke.

Selbst die chinesische Regierung hatte zuletzt öffentlich klargelegt, dass nicht die Mindestpreise sondern vielmehr politische Einschnitte in der EU für den Rückgang der europäischen Solarnachfrage verantwortlich seien.

Nitzschke abschließend: "Die europäische Solarbranche sollte sich lieber geschlossen für bessere Rahmenbedingungen und klare Regeln einsetzen, anstatt dass sich ein Teil daran abarbeitet, das internationale Handelsrecht außer Kraft zu setzen und damit die heimische Industrie aus dem Markt zu treiben."